

NS-Gedenken in Berlin

02.01.2017 17:42 Uhr

Gedenkverbände fordern Baustopp für "Schikanepromenade"

Die kleine Villa in der Fontanerpromenade soll einem Wohn-und Bürokomplex weichen. Zur NS-Zeit wurden von hier 26.000 Juden in die Zwangsarbeit geschickt. VON MELANIE BERGER



In der Fontanepromenade war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die "Zentrale Dienststelle für Juden" untergebracht. FOTO: KITTY KLEIST-HEINRICH

Inge Deutschkron ist, wie sie selbst schreibt „eine von vielen tausend Berliner Jüdinnen und Juden, für die dieser Ort der Ausgangspunkt unsäglichen Leidens geworden ist“, so steht es in einem offenen Brief der deutsch-israelischen Journalistin und Holocaust-Überlebenden. Gerichtet ist er an den neuen Kultursenator Klaus Lederer von der Linkspartei und die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne).

Der Ort um den es geht, ist das Haus in der Fontanepromenade 15, während der NS-Zeit auch „Schikanepromenade“ genannt. Dort war von 1938 bis zum Kriegsende die „Zentrale Dienststelle für Juden“ untergebracht, die 26 000 Juden in die Zwangsarbeit schickte.

Vergangenes Jahr kaufte eine Firma aus Bremen das leer stehende Gebäude. Nun sollen dort Wohnungen und Büroflächen entstehen – zum Ärger von Gedenkverbänden und einer neu gegründeten Bürgerinitiative und Grund für den offenen Brief der 94-jährigen Deutschkron. Sie selbst wurde 1941 von der Fontanepromenade zur Arbeit in die I.G. Farben geschickt. „Ich will nicht, dass noch ein Haus in Berlin dem Gedenken und der Erinnerung entzogen wird“, sagt der Gründer der Initiative „Gedenkort Fontanepromenade 15“, Lothar Eberhardt.

Es wäre bereits das dritte ehemalige NS-Gebäude, dass seit der Jahrtausendwende zu einem Wohnhaus wird. Dort, wo das Reichskriegsgericht an der Witzlebenstraße beim Lietzensee zwischen 1939 und 1945 rund 1400 Todesurteile fällte, entstanden vor elf Jahren 100 Luxuswohnungen. Auch im Arbeitshaus Rummelsburg, in das die Nationalsozialisten Homosexuelle und „psychisch Abwegige“ schickte und das die DDR als Gefängnis nutzte, wurden 2001 Wohnungen gebaut.

Eberhardt fordert einen Baustopp an der Fontanepromenade.

Die zwei zuständigen neuen Stadträte von den Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg, Clara Herrmann (Kultur) und Florian Schmidt (Bauen), sichten zurzeit Unterlagen und klären Zuständigkeiten. „Wir müssen sehen, was genau dann in der Hand des Bezirks und was beim Land liegt“, sagt Herrmann. Die Pendants auf Landesebene – Kultursenator Klaus Lederer und die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher (Linke) – seien informiert, sagt Herrmann. Man gehe davon aus, dass das Land einbezogen wird, sagt Baustadtrat Schmidt. In der Senatsverwaltung klingt das anders: „Wir wollen die Zuständigkeit beim Bezirk belassen“, sagt eine Sprecherin von Katrin Lompscher. So auch der Tenor bei der Senatsverwaltung für Kultur. Man begrüße aber die Diskussion um angemessene Formen des Gedenkens und möchte sich mit Vertretern der Initiative treffen, sagt Sprecher Daniel Bartsch.

Im Mai 2013 hatte der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine Gedenktafel vor dem Haus nahe des Südsters aufgestellt. „Wir finden, dass das zu wenig ist“, sagt Markus Tervooren, Geschäftsführer der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Ein Teil des Gebäudes könnte als Forschungsstelle genutzt werden, sagt Tervooren.

Von 1950 bis 2010 gehörte das Gebäude einer Mormonen-Gemeinschaft, danach stand es leer. Der neue Eigentümer war für den Tagesspiegel am Montag nicht erreichbar. *Melanie Berger*